

Helmut Kramer (November 2017)

(helmut.kramer@univie.ac.at)

Zur Bilanz der österreichischen Entwicklungspolitik (1945-2017)

Entwicklungspolitik ist neben der Ausgestaltung der politischen Beziehungen mit anderen Staaten wie Sicherheitspolitik, Außenwirtschafts- und Kulturpolitik einer der Kernbereiche der Außenpolitik der Industrieländer. Entwicklungspolitik umfasst nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit, die Katastrophen- und Flüchtlingshilfe und andere Formen von humanitärer Hilfe, sondern auch die Gestaltung der Handelspolitik im Sinne gerechter(er) Austauschbeziehungen, den Einsatz von Direktinvestitionen und Finanzhilfen für eine nachhaltige Entwicklung und vor allem die politische Unterstützung der Anliegen der Entwicklungsländer in den Internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen.

1. Österreichische Entwicklungspolitik 1945 – 2017

1.1. Ausbau der politischen Beziehungen Österreichs mit den Entwicklungsländern und Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Entkolonialisierung (1945 – 1980)

In den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik intensivierten sich die Beziehungen Österreichs zu den Entwicklungsländern fast ausschließlich auf der politischen Ebene, war doch das Ausmaß der wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit überseeischen Gebieten weit schwächer ausgeprägt als das anderer europäischer Industriestaaten. Österreich war dankbar für die Unterstützung, welche es durch maßgebliche Länder aus Asien und Lateinamerika auf dem Weg zum Staatsvertrag und zur staatlichen Unabhängigkeit sowie auch in der Ausgestaltung einer aktiven Neutralitätspolitik nach 1955 erfuhr. So traten Anfang der 1950-er Jahre wichtige Länder der Dritten Welt wie Brasilien und Indien für die Bestrebungen Wiens ein, die Vereinten Nationen mit der Österreichfrage zu befassen. Und als Außenminister Kreisky das zwischen Österreich und Italien strittige Südtirolproblem 1960 und 1961 vor die Generalversammlung der UN brachte, fand diese Initiative vor allem bei afroasiatischen Staaten Zustimmung.

Regierungsmitglieder der Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP sprachen sich in internationalen Gremien dafür aus, die Bestrebungen der Entwicklungsländer um Entkolonialisierung in Afrika und Asien zu unterstützen. Im Jahre 1961 stimmten die österreichischen Vertreter in der UN-Generalversammlung für das Programm der „ersten Entwicklungsdekade“ und Österreich wurde Mitglied des für die Behandlung von Entwicklungsfragen eingerichteten UN-Wirtschafts- und Sozialrats ECOSOC. Die Bereitschaft, für die internationale Staatengemeinschaft „gute Dienste“ zu leisten, stellte Österreich vor allem auch durch die Teilnahme österreichischer Kontingente an den Friedensmissionen der UN, zuerst im Kongo (1960) und Zypern (1963) und ab 1967 in Einsätzen im Nahen Osten unter Beweis.

Das positive Image Österreichs bei den neuen unabhängigen Staaten in Afrika und Asien als neutraler kleiner Staat ohne koloniale Vergangenheit erwies sich auch als sehr günstig für die Bemühungen um die Ansiedlung einflussreicher internationaler Organisationen in Wien, so der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) im Jahr 1957, und der Organisation der erdölproduzierenden Staaten (OPEC), die ihr Sekretariat 1965 von Genf nach Wien verlegte. 1966 wurde von der UN-Generalversammlung, in der die Entwicklungsländer die zahlenmäßig größte Gruppe stellten, beschlossen, die neugegründete Unterorganisation der UN für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Wien anzusiedeln, ein Schritt, der eine wichtige Vorentscheidung für den dann Ende der 1970-er Jahre erfolgten Ausbau Österreichs zum dritten Amtssitz der Vereinten Nationen war.

Mit dem Jahr 1970 und der Alleinregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky „setzte ein neuer Abschnitt österreichischer Außenpolitik ein, der als weitere politische ‚Öffnung‘ gegenüber der gesamten Staatengemeinschaft und insbesondere gegenüber der Dritten Welt bezeichnet werden kann.“¹ Das bis dahin noch recht schütterere Netz der österreichischen Botschaften in Afrika, Asien, Lateinamerika und in der Karibik wurde wesentlich erweitert.² Österreich wurde 1970 mit einem speziellen „Gaststatus“ Mitglied in der Bewegung der Blockfreien, der die meisten afrikanischen

¹ Otmar Höll, Entwicklungspolitik, in: Herbert Dachs u.a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 889

² Helmut Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik /1945-2005), in Herbert Dachs u.a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 810

und asiatischen Staaten und eine Reihe von lateinamerikanischen Ländern angehörten. 1971 nahm Österreich diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China, 1972 mit Nordvietnam und 1974 mit Nordkorea auf.

Die 1970-er Jahre brachten den Höhepunkt der Aktivitäten und des politischen Ansehens Österreichs in den Vereinten Nationen. Kurt Waldheim, der bereits als Außenminister der ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Josef Klaus durch Intensivierung der Besuchsdiplomatie vor allem in afrikanische Staaten ein positives Image aufgebaut hatte, wurde 1971 mit großer Unterstützung vor allem der Entwicklungsländer zum UN-Generalsekretär gewählt und 1976 für eine weitere Funktionsperiode bestätigt. Österreich wurde für die Funktionsperiode 1973–74 als nicht-ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat aufgenommen und konnte dort im Krisenmanagement betreffend die Konflikte im Nahen Osten, auf Zypern und im Südlichen Afrika mitwirken.

Bruno Kreisky verfügte bereits durch seine Tätigkeit als österreichischer Außenminister in den Jahren 1959 bis 1966 und durch seine Aktivitäten in der Sozialistischen Internationale über ein Netz von persönlichen Kontakten zu vielen bedeutenden Akteuren in der internationalen Politik. Er sah in einer vermittelnden Haltung in den kontroversiellen Diskussionen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern über eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung im Rahmen der Vereinten Nationen, aber auch in einer Mitverantwortung im internationalen Krisenmanagement von Konflikten außerhalb Europas, insbesondere im Nahen Osten, eine große Chance für Österreich, sich durch „gute Dienste“ für die internationale Staatengemeinschaft zu profilieren. So kam es im Jahre 1980 durch die von der österreichischen Regierung konzedierte Akkreditierung eines Vertretungsbüros zur erstmaligen diplomatischen Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) durch einen westlichen Staat.

In der entwicklungspolitischen Bilanz der Kreisky-Ära gibt es aber einen wichtigen Bereich, in dem Österreich es nicht schaffte, seinen internationalen Verpflichtungen zur Solidarität nachzukommen, nämlich was die Leistungen der Entwicklungshilfe (ODA) betrifft. Quantität und Qualität der österreichischen ODA-Leistungen erreichten in den 1970-er Jahren einen Tiefpunkt, was sich auch in Bruno Kreiskys „zerknirschter“ Einsicht niederschlug, „dass Österreich, was seinen Beitrag zur

Entwicklungshilfe betrifft, keine sehr gute Note verdient“.³ Es wurde auch verabsäumt, der österreichischen Entwicklungshilfe (später Entwicklungszusammenarbeit) eine klare administrative Grundlage zu geben, was in Folge zu einer fortdauernden Konkurrenz zwischen Bundeskanzleramt und Außenministerium sowie einer fehlenden Koordination der diesbezüglichen Leistungen anderer Ministerien führte.

1.2. De-Globalisierung der österreichischen Außenpolitik. Rückgang der aktiven Entwicklungspolitik (1980 – 2017)

Anfang der 1980-er Jahre kam es als Folge der militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan und durch die Hochrüstungspolitik der Reagan-Administration zu einer neuerlichen Verschärfung des Ost-West-Konflikts. Der Block der Dritten Welt Länder verlor an Einfluss in den Vereinten Nationen. In einer Reihe von afrikanischen Ländern wurden charismatische Politiker, die ihre Länder in die Unabhängigkeit geführt hatten, durch eine neue Generation von Machthabern mit autoritären Tendenzen und einer starken Neigung zur Selbstbereicherung und Korruption abgelöst.

Mit dem Ende eines produktiven Nord-Süd-Dialogs wurde der Handlungs- und Vermittlungsspielraum einer aktiven Dritte-Welt-Politik, wie sie von Kreisky in den 1970-er Jahren praktiziert worden war, deutlich eingeengt. So fand der von ihm vorgeschlagene „Marshallplan für die Dritte Welt“ eines großzügigen Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer, der gleichzeitig die Konjunktur in den Industriestaaten ankurbeln sollte, auf der Konferenz in Cancún im Jahre 1981, der letzten großen Nord-Süd-Konferenz, keine Zustimmung. Die aktivistische, global orientierte Außenpolitik Kreiskys kam in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft auch stärker unter innenpolitischen Druck. Die ÖVP kritisierte die Dritte-Welt-Politik Kreiskys als „anti-amerikanisch“ und „neutralistisch“ und forderte eine Refokussierung der österreichischen Außenpolitik auf Europa. „Es sei falsches Selbstbewusstsein“, so der ÖVP-Chef Alois Mock in einer Stellungnahme im Jahr 1979, „wenn ein immerwährend neutraler Staat in der Position Österreichs glaubt, er

³ Kreisky in einer Rede im Jahre 1980, zitiert in Gerald Hödl, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien 2004, S. 228

muss an allen Ecken und Enden dieser Welt den Mechaniker für Konfliktsituationen spielen.“⁴

Zu einer Umorientierung der außenpolitischen Prioritäten auf das europäische Umfeld und einer dadurch bedingten Abkehr von einer global orientierten Außenpolitik sowie einer Abschwächung des Dritte-Welt-Engagements kam es bereits unter der von Kreiskys sozialdemokratischem Nachfolger Sinowatz angeführten Koalition von SPÖ und FPÖ (1983– 86). Mit der Bildung der SPÖ/ÖVP-Regierung im Januar 1987 und mit der Übernahme des Außenministeriums durch Alois Mock wurde diese „Europäisierung“ der österreichischen Außenpolitik weiter intensiviert. Die Neuregelung der Beziehungen mit der EG mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft stand nun im Vordergrund. Die veränderten außenpolitischen Prioritäten führten zu einem schwächer werdenden Engagement in den Vereinten Nationen. Wien verlor seine Funktion als Anlaufstelle für die arabischen Staaten. Die quantitativ wie qualitativ weiter stagnierenden Entwicklungshilfeleistungen sowie die recht wenig aktive Besuchsdiplomatie in den außereuropäischen Ländern wurden vor allem unter der Perspektive der Sicherung der Exportinteressen der österreichischen Wirtschaft gesehen und gestaltet.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jänner 1995, durch den zentrale Bereiche der Außenpolitik zur „europäischen Innenpolitik“ wurden, brachte keine wesentliche Veränderung in dem schwächer gewordenen entwicklungspolitischen Profil Österreichs. Die Regierung und die Ministerien in Wien wurden zwar in das von der EU aufgebaute und koordinierte globale Netz internationaler Beziehungen eingebunden, eine „programmatische Auseinandersetzung mit der Außen- und Entwicklungspolitik der Gemeinschaft unterblieb und eine eigenständige zukünftige Haltung Österreichs sowohl in außen- als auch entwicklungspolitischen Belangen wurde weder öffentlich politisch noch konzeptionell erarbeitet.“⁵

Dass sich Österreich nicht mehr wie in den 1970-er Jahren mit entwicklungspolitischen Initiativen profilieren konnte, war aber vor allem auch Folge des mit dem EU-Beitritt beginnenden Personalabbaus im österreichischen diplomatischen Vertretungssystem sowie im Außenministerium selbst. So wurde der

⁴ Zitiert in Gerald Hödl op.cit., S. 96-97

⁵ Otmar Höll op. cit., S. 891

Gesamtpersonalstand des Außenministeriums von 1995 bis 2015 um ein Drittel gekürzt (von 1.616 auf 1.149 Personen in den verschiedenen Dienstklassen). Botschaften und konsularische Vertretungen, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, wurden geschlossen. Viele österreichische Botschaftsvertretungen müssen ohne jegliches Support-Personal auskommen, was bedeutet, so der frühere Generalsekretär des Außenministeriums Albert Rohan,, „dass sich manche Botschaften nur mehr mit Selbstverwaltung beschäftigen.“⁶ Wie wenig Österreich in die Vertretung seiner außenpolitischen Interessen und für „gute Dienste“ für die internationale Staatengemeinschaft investiert, zeigt ein Vergleich der personellen Ausstattung der österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York mit anderen kleineren Staaten. So arbeiten an der österreichischen *Permanent Mission* bei den Vereinten Nationen 11 Diplomatinen und Diplomaten sowie 4 administrative Hilfskräfte. Die UN-Missionen von Schweden und der Schweiz haben einen mehr als doppelt so hohen Personalstand, sowohl was das diplomatische Personal als auch was die administrativen Kräfte betrifft. Bei den viel zu geringen finanziellen Mitteln für das Budget des Außenministeriums hat sich Österreich – im Unterschied zu Norwegen oder der Schweiz – im Bereich der internationalen Konfliktmediation und in humanitären Projekten in den Entwicklungsländern mehr oder weniger abgemeldet.⁷

Wir haben gesehen, dass es in der österreichischen Entwicklungspolitik seit der Übernahme des Außenministeriums durch die ÖVP im Jahre 1986 sukzessive zu einer „Engführung“ und Einschränkung der Entwicklungspolitik gekommen ist. So unterschreiten die österreichischen ODA-Leistungen seit langem die internationalen Standards deutlich. Es ist zwar von Regierungsseite ständig die Rede davon, dass Österreich prinzipiell weiter die Realisierung der bei den Vereinten Nationen eingegangenen Verpflichtung, 0,7 % des BNP für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, anstrebt, de facto jedoch stagnieren die konkreten Leistungen Österreichs bei Werten um 0,3 %. Die Hoffnungen, dass mit dem EU-Beitritt Österreich einen Anstoß erhält, seine ODA-Leistungen quantitativ und qualitativ zu verbessern und zumindest auf das Durchschnittsniveau der EU-Staaten anzuheben, haben sich nicht erfüllt. „Nach 20 Jahren EU-Mitgliedschaft“, resümieren Simon

⁶ Zitiert in „Profil“ 8.11.2010)

⁷ Vgl. hierzu Helmut Kramer, *Austrian Foreign Policy 1995-2015*, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2016, Vol. 46,2, S. 53f.

Lightfoot und Michael Obrovsky in einer kritischen Bilanzierung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, hat Österreich „zwar die europäische Entwicklungsrhetorik übernommen [...] nicht aber seine öffentlichen Entwicklungshilfemittel angehoben.“ Und weiter: „In Bezug auf die außenpolitischen Interessen nützt Österreich nicht das Potential, das Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gerade für ein kleines Land wie Österreich bieten, wenn es ein relevanter Akteur im globalen Kontext sein will.“⁸

Die Tendenz zur Abkoppelung von der internationalen Solidargemeinschaft im entwicklungspolitischen Bereich zeigt sich besonders deutlich bei den freiwilligen Zuwendungen an diejenigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die für Flüchtlingshilfe, Kampf gegen Hunger, epidemische Krankheiten und die Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern verantwortlich sind. So gab es seitens Österreichs im Zeitraum 2010 – 2014 Pro-Kopf-Zuwendungen zur Flüchtlingshilfeorganisation der Vereinten Nationen von lediglich 0,33 Euro. Im Vergleich dazu trugen die Schweiz mehr als 10-mal so viel (3,87 Euro) und Schweden mehr als 30-mal soviel (10,49 Euro) zur Finanzierung der Aktivitäten des UNHCR bei. Und zum *Green Climate Fund* der UN machte der österreichische Beitrag im Jahre 2016 34,8 Millionen Dollar aus, während die Schweiz 100 Millionen und Schweden 581,2 Millionen Dollar an Beiträgen leisteten. Durch diese blamable Trittbrettfahrer-Bilanz nimmt sich Österreich auch aus den Aktivitäten und Entscheidungsprozessen in wichtigen entwicklungspolitischen Gremien heraus. Es gefährdet darüber hinaus auch sein internationales Image, ist doch Österreich nicht nur eines der reichsten Länder der Welt, sondern auch dritter Amtssitz der Vereinten Nationen. Zudem beherbergt Wien wichtige internationale Organisationen wie die Internationale Atomenergiekommission und die OPEC.

2. Ausblick: Österreich muss mehr in Entwicklungspolitik und Außenpolitik investieren

Wenn es Wirklichkeitssinn gibt, muss es auch Möglichkeitssinn geben. (Robert Musil)

⁸ Simon Lightfoot, Michael Obrovsky, Austrian development policy – from global to neighbourhood policy? In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2016, Vol. 45,2, S. 11 und 19 (dt. Übersetzung HK)

„Die Entwicklungspolitik in Österreich fristet ein Schattendasein, sowohl was die finanzielle Ausstattung betrifft als auch auf politischer Ebene“, so Petra Bayr, die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ im Nationalrat.⁹

Die Abkehr vom früheren aktiven Profil in der Entwicklungspolitik ist eine Folge der generellen Haltung der Abschottung der politischen Klasse und der Bevölkerung Österreichs von den globalen Problemen und den internationalen politischen Herausforderungen. In der wenig konstruktiven österreichischen EU-Politik setzte sich immer stärker Opportunismus und eine durchgängige Tendenz zur Renationalisierung durch. Außen- und entwicklungspolitische Fragen wurden in der Nationalratswahlkampagne im Herbst 2017 fast ausschließlich mit Bezug auf die Flüchtlingsproblematik thematisiert. Das starke Ausmaß der österreichischen „Boulevard-Demokratie“, die, so der Politikwissenschaftler Fritz Plasser, „im europäischen Vergleich seinesgleichen sucht und seit vielen Jahren in informeller Koalition mit politischen Akteuren redaktionellen Populismus betreibt, der den politischen Populismus verstärkt“¹⁰, hat maßgeblichen Einfluss auf diese Entwicklung zum „Verlust des weltweiten Blicks“ (Franz Vranitzky) hin zu einer „Kleingeistigkeit“, die dazu tendiert, an den eigenen Landesgrenzen Halt zu machen. (Ruth Picker vom NGO-Dachverband „Globale Verantwortung“)¹¹

In dieser schwierigen politischen Situation, dem geringen Interesse für internationale Fragen bei den politisch Verantwortlichen und in der österreichischen Bevölkerung mag ein Appell, dass Österreich entscheidend mehr in Entwicklungspolitik und generell in Außenpolitik investieren muss, auf den ersten Blick utopisch oder illusionär erscheinen. Es gibt aber wichtige Argumente dafür, die klar machen, dass Ausgaben für ein adäquat ausgestattetes Außenministerium, ein effizientes diplomatisches Vertretungssystem und ausreichende Solidarleistungen für die Entwicklungsländer essentielle Zukunftsinvestitionen darstellen: für die Sicherung von politischer und wirtschaftlicher Stabilität, aber vor allem auch für ein positives weltoffenes Image des neutralen Österreich, das als Amtssitz der Vereinten Nationen als einziges EU-Mitgliedsland über einen solchen Status verfügt.

⁹ Petra Bayr, International 2013/III, S. 43

¹⁰ „Profil“ 18.2.2013

¹¹ Südwind-Magazin Oktober 2012, S. 10)

Die österreichische Entwicklungspolitik muss wieder Entwicklungspolitik werden, d. h. sie darf sich nicht wie zurzeit auf immer noch sehr bescheidene ODA-Leistungen beschränken. Angesichts der weltweiten Flüchtlingskrise und der Zunahme der Opfer von kriegerischen Konflikten und des Klimawandels in den Entwicklungsländern darf das „reiche Österreich“ nicht weiter ein „Armutschgerl“ bei den Ausgaben für humanitäre Hilfe bleiben (Gerald Schöpfer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes).¹²

Eine Anhebung der finanziellen Leistungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und bei der humanitären Hilfe reicht jedoch für ein aktives und solidarisches entwicklungspolitisches Profil nicht aus. Österreich muss durch eine aktive Themen-Mitführerschaft im Kontext der Vereinten Nationen und der Europäischen Union versuchen, dazu beizutragen, dass der „ungleiche Tausch“ in den Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die Ausbeutung und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Entwicklungsländer durch die Investitions- und Steuerpraktiken der Großkonzerne kontrolliert und eingedämmt wird.¹³ Eine Transformation der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen und eine damit verbundene Stärkung der Kapazitäten für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in den afrikanischen Ländern sind Ansatzpunkte und Grundlage für eine humane und realistische europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik. Die kommende EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2018, in der die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Europäischen Union mit den afrikanischen Ländern ein wichtiger thematischer Schwerpunkt sein werden, wird hier zeigen, ob die Regierung und das Außenministerium dazu politisch bereit und fähig sind, in diesem Themenbereich sinnvolle Vorschläge und Initiativen einzubringen..

Eine der entscheidenden Voraussetzungen für aktive solidarische Entwicklungspolitik ist, dass die Problemlagen und die Krisenzonen der Entwicklungsländer nicht nur, wie es derzeit insbesondere in der Flüchtlingspolitik geschieht, von den reichen Industrieländern unter einem ausschließlichen „Bedrohungs-Narrativ“ gesehen werden. Angesichts der weltweiten Zunahme der

¹² „Standard“, 18.8.2017)

¹³ Vgl. hierzu Werner Raza, Globalisierung 4.0: Warum wir eine andere Globalisierung brauchen, ÖFSE Aktueller Kommentar, November 2017

Bedrohung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen, der Zunahme von Naturkatastrophen bedingt durch den Klimawandel, angesichts der gesellschaftlichen Kosten eines auf Profitmaximierung und technologischer Verhaltenskontrolle basierenden Entwicklungsmodells, geht es um eine gemeinsame Zukunft und eine gemeinsame Strategie für eine Veränderung der Gesellschaft nach ökologischen, wirtschaftlich nachhaltigen und sozialverträglichen Entwicklungsprinzipien. Eine solche „Transformation der Welt“ ist die ambitionierte Zielsetzung der *Sustainable Development Goals* (Agenda 2030), die von den Vereinten Nationen nach einem mehrjährigen Diskussionsprozess, unter starker Beteiligung von NGOs und engagierten Wissenschaftlern, im September 2015 verabschiedet wurden. Mit diesem neuen Verständnis von Entwicklung sollen in Entwicklungs-, Schwellen- sowie in Industrieländern Armut bekämpft, Ungleichheit reduziert und die ökologischen Schäden des herrschenden Konsummodells des „Vergeudungskapitalismus“ bekämpft werden. Eine effiziente Umsetzung der Agenda 2030 als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auf der politischen und ministeriellen Ebene könnte auch eine Veränderung und Verbesserung der Qualität der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in die Wege leiten, würde einen nationalen Aktionsplan voraussetzen, der bislang noch immer nicht vorgelegt worden ist.

Aktive solidarische Entwicklungspolitik bedeutet auch engagierte Friedenspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen, in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Europäischen Union. In den Vereinten Nationen ist insbesondere die Weiterführung der sehr positiven Aktivitäten Österreichs im Bereich des Verbots der Atomwaffen und der Menschenrechtspolitik wichtig. Verstärktes friedenspolitisches Engagement ist auch bei der Mitwirkung Österreichs bei den *Peace-Keeping-Missions* der UN angesagt, ist doch durch den Abzug des österreichischen UN-Kontingentes vom Golan im Juni 2013 die Zahl der österreichischen Blauhelm-Soldaten um ein Drittel zurückgegangen. Als neutrales Land und als Sitz von Organisationen der Vereinten Nationen muss Österreich darauf hinwirken, dass die sich herausbildende Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

der EU Europa zu einer Friedensmacht, nicht zu einer Kriegs- und Interventionsmacht in außereuropäischen Krisenzonen wird.¹⁴

Das hier skizzierte Projekt einer umfassenden Aktivierung der österreichischen Entwicklungspolitik ist ohne Abkehr von einer politischen Kultur, die auf kurzfristige Interessensmaximierung und Machtbewahrung ausgerichtet ist, nicht möglich. Es braucht hierzu *Transforming Leadership*, d. h. eine mutige gestalterische Politik, mit der die Gesellschaft, welche die Politiker mit einem Vertretungs- und Führungsauftrag versehen hat, von der Notwendigkeit von mehr Weltoffenheit und einer solidarischen internationalen Politik überzeugt wird. Wichtig sind vor allem auch eine vertrauensvolle Einbeziehung von Zivilgesellschaft und NGOs und eine produktivere Einbindung von WissenschaftlerInnen insbesondere bei der Ausarbeitung mittel- und langfristiger Strategien in der Entwicklungspolitik.

¹⁴ Vgl. hierzu Thomas Roithner, Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der Europäischen Union, Wien 2017